

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

Lundi après-midi, 19 novembre 2018

Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie

12 2018.RRGR.507 Affaire de crédit GC

Berne, Sitem-Insel SA, location pour la Faculté de médecine de l'Université de Berne. Crédit d'engagement pour les frais de location et l'amortissement des aménagements locatifs

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 12: «Bern, sitem-insel, Zumiete für die medizinische Fakultät der Universität Bern. [...]». Auch dies ist ein Kreditgeschäft, welches von der BaK vorberaten wurde. Ich erteile Grossrat Marti das Wort.

Willy Marti, Kallnach (SVP), Kommissionssprecher der BaK. «Bern, sitem-insel, Zumiete für die medizinische Fakultät der Universität Bern. Verpflichtungskredit für Zumiete und Amortisation der Nutzerausbauten» – bekanntlich sind Zumieten grundsätzlich BaK-Geschäfte. Hier geht es aber um Medizin, wodurch auch die GEF betroffen ist. Es geht um den Wirtschaftsstandort, weshalb es vor allem die VOL betrifft. Es geht um die Universität, wodurch die ERZ betroffen ist. Zudem kostet es viel Geld, sodass sich auch die FIN dafür interessiert.

Jetzt stelle ich dieses Geschäft als BaK-Vertreter vor. Dieses Geschäft sieht eigentlich ziemlich harmlos aus. Die Liegenschaft liegt links von der Einfahrt Murtenstrasse in die Freiburgstrasse, an der Hauptzugangsstrasse zum Inselspital. Nun geht es um die Zumiete für drei medizinische Fakultäten in einem Neubau der sitem-insel AG. Es betrifft die Zahnmedizinischen Kliniken. Mit einem Anteil an gemeinschaftlicher Fläche von etwa 20 Prozent ergibt dies total 1080 m². Es geht weiter um das Institut für chirurgische Technologien und Biomechanik mit total 1205 m² und um das Institut für Infektionskrankheiten (IFIK) mit total 498m². Total sind dies 2783m², flächenmässig ein Anteil von circa 14 Prozent eines Gebäudes von etwa 20 000m², was circa einem Siebtel entspricht. Die Mietzinskosten betragen 490 Franken pro m², was total 1,366 Mio. Franken ausmacht. Dazu wird eine Amortisation gerechnet von total 556 000 Franken pro Jahr. Dies sind nach acht Jahren 54 Prozent der Ausbaukosten, was zusammen mit den Mietzinsen die mit dem Kreditantrag geforderte Summe von 1,922 Mio. Franken ergibt; dies jährlich für eine Mietdauer von vorerst acht Jahren. Hinzu kommt ein einmaliger Betrag von 200 000 Franken für die Baubegleitungskosten, beigezogene Fachspezialisten und die Qualitätssicherungen der sicher sehr komplexen Installationen sowie für die Bauabnahmen. Die hohen Mietkosten werden mit dem Standort begründet. Dies kann ich begreifen. Sie entsprechen den Mietzinsen, wie sie auch seitens der Wirtschaft akzeptiert werden, und es gibt keinen privilegierten Mietzins aufgrund der bereits getätigten Zahlungen. Auch der Verwaltungsratspräsident der Ypsomed AG hat entschieden, 50 Mio. Franken aus seinem Privatvermögen in den Aufbau dieses Forschungszentrums zu investieren. Die Firma CSL Behring hat einen Vertrag zwecks Eröffnung eines Forschungs- und Entwicklungszentrums im neuen Gebäude unterzeichnet. Dies soll die Bedeutung des Projekts zeigen. Vertraglich gebunden sind Firmen wie Siemens Deutschland, Waters USA, die Storz AG aus Tuttlingen, die Straumann AG Basel und Villeret. Mit weiteren Unternehmungen werden offenbar Verhandlungen geführt. Soweit zum Geschäft.

Das Sitem-insel-Projekt wurde in der Septembersession sehr prominent an einer Mittagsveranstaltung vorgestellt. Die ganz Fleissigen unter uns waren natürlich alle zugegen. Dabei waren auch vier Regierungsräte, der Direktionspräsident des Inselspitals so wie Leute der sitem-insel AG. Obschon es eigentlich um ein Zumietgeschäft geht, informiere ich kurz über sitem-insel. Es soll ein Technologie-Kompetenzzentrum für translationale Medizin und Unternehmertum entstehen. Was heisst «translationale Medizin» für den Laien? Das Konzept entstand offenbar in den 1990er-Jahren, unter dem Motto «bench to bedside» – zu Deutsch: vom Labortisch zum

Patientenbett. Also soll die Zusammenarbeit zwischen der Universität, dem Inselspital und der Wirtschaft gestärkt werden. Die Sitem-Insellösung soll eine Forschungseinrichtung von nationaler Bedeutung mit höchster Priorität sein. Wenn wir den Medizinalstandort, wie immer wieder gefordert, stärken wollen, wird es Sitem-Insellösung wahrscheinlich brauchen. Dieses Geschäft ist aber schon komplex. Folgende Informationen sind meiner Meinung nach doch erwähnenswert: Die Besitzverhältnisse der Sitem-Insellösung AG, also derjenigen Unternehmungen, welche das Gebäude zur Verfügung stellen, in welches wir als Mieter einziehen möchten, sind wie folgt: Das Inselspital hat 20,7 Prozent, die Universität Bern 8,3 Prozent, die Berner Fachhochschule (BFH) 0,1 Prozent, die Vereinigung Chefärzte des Inselspitals (VCCI) 41,3 Prozent, die Wirtschaft 29,6 Prozent. Also sind über 70 Prozent in privater Hand. Öffentliche Gelder, speziell aus der Berner Staatskasse, sind folgende bezahlt worden: für das Konzept und die Aufbauarbeiten zuerst 1,3 Mio. Franken. Danach wurden gemäss dem Grossratsbeschluss vom März 2016 für die Anschubfinanzierung der Jahre 2017–2020 20,8 Mio. Franken bezahlt. Dies sind A-fonds-perdu-Beiträge, wie sie in etwa im gleichem Mass vom Bund bezahlt wurden. Mit den bereits gesprochenen Zahlungen und den hier anstehenden Mietverträgen sind wir noch nicht ganz durch. Dies muss an dieser Stelle erwähnt werden.

Im Vortrag zu diesem Geschäft wird erwähnt, dass auch noch im Jahr 2020 voraussichtlich weitere Unterstützungsbeiträge erforderlich sein werden. Aktuell belaufen sich diese, wie ich gehört habe, auf etwa 5,6 Mio. Franken. Die 25,8 Mio. Franken, welche man zuerst gesprochen hat, sollen aber nicht ganz ausgeschöpft werden. Die durch den vorgesehenen Umzug frei werdenden Flächen verursachen Kosten für Umnutzung und Rückbau von circa 4 Mio. Franken sowie Wertminderungen und Abschreibungen von circa 2,233 Mio. Franken. Beim Rückbau der bisher benutzten Laborflächen in Büroflächen werden Wertminderungen von circa 1,5 Mio. Franken erwartet. Diese sollen zusammen mit anderen Ausgaben im Zusammenhang mit der Umnutzung später separat vorgelegt werden. Dieses Leuchtturmprojekt ist also nicht ganz billig zu haben.

Jetzt kommen wir noch zu den Terminen. Die Räumlichkeiten sollen im Juni und November 2019 durch die Fakultäten bezogen werden können. Dies zur Dringlichkeit. Alternativen zu und Folgen eines Verzichts: Alternativen gibt es eigentlich keine. Die Industrieinvestitionen würden offenbar gefährdet. Den Unternehmungen ist offenbar die Anwesenheit von Institutionen und Einrichtungen der Universität in Aussicht gestellt worden. Die Präsenz der Universität soll von Beginn an erwartet werden. Der Bund hat in seiner Leistungsvereinbarung 2017–2020 mit der Sitem-Insellösung vorgegeben, dass die nutzerspezifischen Ausbauten bis Ende des ersten Quartals 2019 erstellt werden müssen. Das Gesuch um weitere Bundesbeiträge für die Jahre 2021–2024 – dies sind Angaben, die uns gegenüber gemacht worden sind – soll bei termingerechter Inbetriebnahme bessere Chancen haben. Dies ist auch begreiflich. Auch dass dem Wirtschafts- und Medizinalstandort ein grosser Reputationsschaden entstünde, kann ich glauben. Der Universität stehen für die vorliegenden Nutzungen mittelfristig keine alternativen Standorte zur Verfügung; sie ist auf diese Standorte angewiesen.

Ich komme noch zu den Stellungnahmen der verschiedenen Direktionen. Die VOL stimmt natürlich zu. Auch war sie sogar mit dem Regierungsrat in der BaK vertreten. Sie sieht die Wichtigkeit und den Nutzen dessen, was als Resultat herauskommen soll, wohl am besten. Die GEF begrüsst die Stärkung des Medizinalstandorts und den Aufbau von translationaler Medizin und Unternehmertum. Sie unterstützt die gemeinsame Nutzung von teuren Infrastrukturen, was wohl durchaus Sinn macht. Sie erwähnt aber insbesondere auch die «Präsenz gewisser Fakultäten», welche offenbar für den Aufbau und den Betrieb der Sitem-Insellösung zwingend sei, damit auch andere Mieter kommen. Deshalb sei fraglich, weshalb von einer Zwischenlösung gesprochen werde. Sie meint wahrscheinlich – und dies wird mit der Antwort der BVE ein Stück weit bestätigt –, dass nach einem Neubau des geplanten Forschungs- und Ausbildungszentrum, worüber wir noch sprechen werden, die Fakultäten wieder Platz machen müssen. Die POM stimmt zu. Sie sieht ein Signal an Bund und Unternehmer darin. Die FIN stimmt ebenfalls zu. Sie weist darauf hin, dass dem Grossen Rat eine Gesamtstrategie aufgezeigt werden muss, und dies ist auch unsere Meinung. Die ERZ stimmt zu.

Zweifelloos muss man nach einem A zu einem starken Medizinalstandort, wie er von uns immer wieder verlangt wird, auch B sagen zu gewissen finanziellen Belastungen. Die gewünschte weitergehende Planung und Transparenz werden im Vortrag noch etwas schwach aufgezeigt. Diesbezüglich erwarten wir noch etwas an Informationen. Wenn wir davon ausgehen, dass wir mit dieser Zumiete vor allem ein innovatives Projekt in Schwung bringen, ist dies eine Anschubfinanzierung für eine grösstenteils in privater Hand gehaltene Aktiengesellschaft, was zweifelloos etwas speziell ist. Wahrscheinlich ist dies Wirtschaftsförderung, wie sie im Wettbewerb

mit dem Ausland immer wieder gemacht werden muss. Ich denke an die CSL Behring in Lengnau. Dieser Standort wurde wahrscheinlich nicht gratis gewählt und dabei Lengnau Singapur vorgezogen. Solche Fragen kann man sich durchaus stellen. Trotzdem gehe ich in Anbetracht der Wichtigkeit dieses Geschäfts schon davon aus, dass wir, selbst wenn wir die ersten 25 Mio. Franken vielleicht etwas euphorisch bezahlt haben, das Projekt nicht wegen mangelnder Transparenz scheitern lassen. Ich denke, wir als BaK, die wir mit 14 Ja- ohne Gegenstimmen diesem Geschäft zugestimmt haben und Ihnen dieses so empfehlen, haben uns dies gut überlegt und sind von der Notwendigkeit überzeugt.

Präsident. Wir haben Fraktionssprecher. Für die grüne Fraktion Grossrat Klauser.

Daniel Klauser, Bern (Grüne). Der Kommissionssprecher hat dieses Geschäft sehr gut vorgestellt und aufgezeigt, dass es sich um eine komplexe Angelegenheit handelt und es nicht ganz einfach ist, zu durchschauen, wo und wie welche finanziellen Verpflichtungen und Verhängungen vorhanden sind. Die Stärkung des Medizinalstandorts ist wichtig für den Kanton Bern, und diese Strategie wird von der grünen Fraktion weiterhin getragen. Unser Alt-Regierungsrat Bernhard Pulver war eine wichtige Triebfeder dahinter und wird es auch als designierter Präsident des Inselspitals bleiben. Trotzdem – und dies hat auch mit der vom Kommissionssprecher angetönten mangelnden Transparenz zu tun – werfen der Vortrag und der Kredit Fragen auf wie beispielsweise, weshalb die Miete so hoch ist, auch bezüglich der Folgekosten für Rückbauten in den bestehenden Räumlichkeiten, Mieterausbauten in den neuen Räumlichkeiten. Ich glaube, es ist bei aller Begeisterung für die Stärkung des Medizinalstandorts angezeigt, dass wir als Grossrätinnen und Grossräte kritisch hinsehen und Antworten auf die Frage verlangen, weshalb es sich so verhält, wie es hier dargestellt worden ist. Weshalb sind es genau diese drei Institute, welche in die sitem-insel einziehen sollen? Ist es eine Salomitaktik, indem es jetzt drei sind und danach vielleicht weitere folgen, sodass schlussendlich die halbe sitem-insel durch Institute der Universität besetzt sein wird? Dies sind Fragen, welche man berechtigterweise stellen kann und soll. Wir haben diese Fragen auch in der Kommission gestellt. Der Kommissionsreferent hat dies vorgestellt. Ich kann für mich persönlich sprechen. Ich hatte viele Fragezeichen zu dieser Kommissionsdebatte. Die Ausführungen in der Kommission, gerade vonseiten der VOL, überzeugten und beruhigten mich insoweit, dass ich der Meinung bin, wir könnten diesem Kredit so zustimmen. Es bleibt aber dabei: Das ganze Konstrukt ist komplex, und es ist aus Sicht von uns Grossrätinnen und Grossräten sehr schwierig zu beurteilen, ob die sitem-insel auf Kurs ist, ob es gut kommt und das Geld gut investiert ist. Dies ist etwas systemimmanent, wenn man Innovationsförderung betreibt. Wenn man schon weiss, dass es funktioniert und gut kommt, ist es nicht mehr innovativ. Dann wissen bereits auch alle anderen, dass man es so machen muss. Dies ist denn auch ein wenig die Schwierigkeit, in welcher wir uns bewegen. Letzten Endes müssen wir ein Stück weit Vertrauen in die zuständigen Regierungsräte haben und in die Gesamtregierung, welche hier eine Führungsfunktion wahrnimmt, dabei vorausgeht, indem sie sagt, sie wolle es versuchen, obwohl es keine Erfolgsgarantie gibt. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Wenn man aber Erfolg haben will, ist es manchmal auch notwendig, Risiken in Kauf zu nehmen und etwas zu versuchen, auch im Sinne eines gewissen Unternehmertums.

In diesem Sinn werden wir dem Kredit, so wie er vorliegt, zustimmen. Dies heisst aber nicht, dass wir zu allem, was bezüglich des Medizinalstandorts und unter diesem Label vorgebracht wird, Ja und Amen sagen werden. Bei diesen Geschäften werden wir auch in Zukunft weiterhin genau hinsehen und Fragen stellen, um herauszuspüren, ob wir auf dem richtigen Weg sind oder ob uns unter diesem Titel irgendwelche Dinge untergejubelt werden, welche nichts damit zu tun haben. Zum Fazit: Wir sind zum Schluss gekommen, dies sei hier nicht der Fall, weswegen wir dem Kredit zustimmen können.

Sandra Hess, Nidau (FDP). Wir sind uns alle einig: Die sitem-insel ist ein Leuchtturmprojekt von nationaler Bedeutung. Das Zusammenbringen von Forschung, Entwicklung und Anwendung an einem Ort ist ein zentrales Element für einen innovativen und wirtschaftsstarken Kanton Bern. Als Kompetenzzentrum für translationale Medizin reiht sich die sitem-insel sehr gut in das strategische Ziel ein, den Medizinalstandort des Kantons Bern zu stärken. Ich denke, wir können stolz darauf sein, dass wir dies bisher so im Kanton haben bewerkstelligen können. Alle Seiten müssen grösstes Interesse daran haben, dass die verschiedenen Akteure mit ihrer Arbeit an der sitem-insel bald beginnen können. Es ist wichtig, dass der Kanton Bern im Rahmen seiner Möglichkeiten seinen Beitrag leistet, und er tut dies bereits, wie wir vorhin von Willy Marti gehört haben. Auch ist er bereit,

sich dies etwas kosten zu lassen. Wenn die Universität jetzt mehr Platz braucht und dieser in der sitem-insel vorhanden ist, dann löst der Kanton nicht nur ein Platzproblem, sondern leistet einen weiteren Beitrag zu einem erfolgreichen Start der sitem-insel, sodass sich eben translationale Medizin und Unternehmertum gegenseitig weiterbringen können. Dies kommt nicht zuletzt auch den kleinen und mittleren Unternehmen im Kanton Bern zugute. Wir konnten in der Vorlage darüber lesen. 94 Prozent der Unternehmen in der Medtech-Branche sind kleine und mittlere Betriebe.

Trotz aller Begeisterung für dieses Projekt erlauben wir uns gleichwohl ein paar kritische Bemerkungen. Die FDP ist der Meinung, wir sollten aufpassen, dass die sitem-insel nicht zu einer Art Freibrief für alles wird, was unter dem Label translationale Medizin als sinnvoll und nötig erscheint. So kam in der Fraktion die Frage auf, wie man die jahrelange, strikte Haltung, wonach Gelder für Ausbildung, Forschung und Dienstleistung nicht vermischt werden dürfen, einhalten kann, wenn man jetzt in die sitem-insel einzieht und dort Einheiten hinbringt, welche auch Dienstleistungen erbringen. Es sind Dienstleistungen, welche nicht zuletzt von den Krankenkassen und den Patienten finanziert werden. Ich möchte als Beispiel das IFIK nennen, das Institut für Infektionskrankheiten. Dort wird auch sehr viel Diagnostik gemacht, und in diesem Rahmen werden denn auch viele Dienstleistungen erbracht.

Translationale Medizin ist zwar per se interdisziplinär, in der Frage der Finanzierung muss es aber weiterhin eine strikte Trennung geben. Auch stellt sich ein wenig die Frage nach einer generellen Abgrenzung. Ich glaube, viele Disziplinen des Universitätsspitals haben das Potenzial für translationale Medizin. Dabei ist auch klar, dass wir sitem nicht über das ganze Areal stützen können. Wir fragen uns auch, wie der translationale Ansatz weitergeführt wird, wenn in acht Jahren die einzelnen Institute wieder umziehen. Dies einfach ein paar konstruktiv-kritische Anmerkungen zu diesem Geschäft.

Das Fazit ist natürlich, dass die FDP in der Zumiete einen grossen Mehrwert für alle Beteiligten sieht. Dies ist ein weiterer Schritt auf dem Erfolgsweg der sitem-insel, aber auch ein wichtiger Schritt für die kleinen und mittleren Unternehmen aus der Medtech-Branche im Kanton Bern. Wir empfehlen Ihnen, diesem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Die Meinung der BDP zur Miete von Räumlichkeiten für die medizinische Fakultät am Kompetenzzentrum für translationale Medizin und zu den jährlichen Miet- und Amortisationskosten von knapp 2 Mio. Franken: Uns ist das Kompetenzzentrum auf dem Inselareal ein sehr bedeutendes Anliegen. Deshalb unterstützen wir den temporären Einzug der medizinischen Fakultät. Dieser Einzug löst nicht nur die Raumprobleme der Universität, sondern hilft dem Zentrum zu einem schnelleren Start und einer besseren Auslastung während der ersten Betriebsjahre. Wir unterstützen diesen Kredit einstimmig.

Nun haben wir noch eine Frage an den Herrn Baudirektor. Was passiert, wenn das Zentrum nach acht Jahren nicht ausgelastet ist, wenn sich allenfalls private Investoren zurückziehen und diese nicht entsprechend ersetzt werden können? Welche diesbezüglichen Überlegungen hat sich der Regierungsrat gemacht? – Dies würde uns noch interessieren.

Alfred Bärtschi, Lützelflüh (SVP). Eigentlich habe ich gehofft, es werde nicht diskutiert, so hätte ich auch nicht nach vorne kommen müssen. Da die Diskussion jetzt mehrheitlich gewünscht wird, nehmen wir den Ball auch auf. In meinem Votum möchte ich mich vor allem meiner Kollegin Sandra Hess anschliessen. Wir sehen es grösstenteils auch so.

Insbesondere möchte ich aber den Finger auf die Finanzen legen. Wir haben in Zukunft mehrere finanziell grössere anstehende Projekte. Diese werden sehr viel Geld kosten. Ich bitte Sie, Sonderwünsche hier drin etwas zurückzustellen. Ich bitte aber auch die Verwaltung, darauf zu achten, dass man ganz teure Sachen ausser Acht zu lassen versucht. Jedes Mal, wenn es heisst, es sei ein Leuchtturmprojekt, juckt mich das. Denn jedes Leuchtturmprojekt kostet zuerst eine riesige Stange Geld. In diesem Zusammenhang: Seitens meiner Fraktion stimmen wir diesem Kredit mehrheitlich zu, wobei es auch einige Stimmen geben wird, welche den Kredit ablehnen. Zwar stehen wir grossmehrheitlich zum Medizinalstandort, zur Strategie des Regierungsrats, wonach er den Standort Bern fördern will, werden aber im Zusammenhang mit den Finanzen ein paar ablehnende Stimmen haben.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrat Stampfli das Wort.

David Stampfli, Bern (SP). Es ist bereits ziemlich vieles gesagt worden, und ich glaube, ich muss es nicht wiederholen. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat dieses Geschäft eingehend diskutiert. Selbstverständlich sind auch wir der Meinung, dass es um viel Geld geht. Wir sind aber der Überzeugung, dieses werde sinnvoll und gut investiert. In diesem Zusammenhang: Nächsten Sonntag werden wir über ein wichtiges Projekt abstimmen: die Revision des Steuergesetzes (StG) des Kantons Bern. Aus offensichtlichen Gründen sind wir diesbezüglich ganz unterschiedlicher Meinung. Hier geht es um etwas anderes, zu dem wir gleicher Meinung sein können. Häufig streiten wir uns ja – beispielsweise im Zusammenhang mit dem StG – darüber, was sinnvoll und gut für den Kanton Bern ist, wo wir Geld einsetzen oder sparen müssen, sodass es dem Kanton Bern etwas bringt. Hier habe ich den Eindruck, auch wenn ich die Voten höre, dass wir uns einig sind. In diesem Punkt kann der Kanton Bern schweizweit eine Vorreiterrolle einnehmen. Dort können wir investieren, und es lohnt sich, Geld dafür einzusetzen. Auch wenn es viel kostet, hat es viele zustimmende Voten gegeben. Wir können dies nur begrüßen, und ich hoffe, Sie können sich dem anschliessen.

Präsident. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wünscht der eine oder andere Regierungsrat das Wort? – Herr Regierungsrat Neuhaus wünscht das Wort.

Christoph Neuhaus, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektor. Wie Sie sehen, Herr Grossratspräsident, geschätzte Frauen und Männer, ist es nicht ganz einfach, wenn es zwei von unserer Sorte hat! Es braucht aber zwei, weil es ein spannendes Geschäft ist. Es ist ein unübliches Mietgeschäft, nicht so wie man es jeden Tag erlebt. Es geht um die sitem-insel. Sie haben es gehört. Wir haben drei Unternehmungen: Waters, CSL Behring – die dritte vergesse ich jeweils, weil ich alt werde und primär vonseiten der BVE mit dem Amt für Gebäude und Grünstücke (AGG) für die Gebäude zuständig war. Das heisst, wir haben die Mietzinskonditionen des ganzen Projekts überprüft. Es ist aber eine Verbundaufgabe zwischen der VOL einerseits, der GEF andererseits und der ERZ. Wir arbeiten eng, und wie ich glaube, auch gut zusammen. Deshalb habe ich hier auch den Volkswirtschaftsdirektor an meiner Seite, damit er mir helfen kann. Ich nehme schwer an, ich sei ihm vorhin oder er mir im Weg gestanden. Aber jetzt hilft er mir hier, weil die VOL auch das Ganze bespielen hilft. Wir haben vorhin darüber diskutiert. Nach acht Jahren kann er auch aufzeigen, wie es weitergehen soll, wenn man nicht dorthin gelangt, wo man will. Es ist wirklich ein wichtiges Geschäft für den Medizinalstandort Bern, für die Strategie und ein entsprechendes Vorwärtkommen. Ich gebe nun vornehm an meinen Vizepräsidenten weiter. Es ist schön, einen Vizepräsidenten zu haben.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. Zuerst danke ich für die Diskussion. Es sind ganz wesentliche Einschätzungen abgegeben und auch Fragen gestellt worden, mit welchen der Finger auf Punkte gelegt wird, die man im Auge behalten muss. Es ist auch eine Einschätzung gemacht worden, wonach man bereits ganz am Anfang, im Jahr 2016, als sich das Parlament mit dem Kreditgeschäft für eine erste Anschubfinanzierung befasste, festgehalten hat, die sitem-insel sei ein Leuchtturmprojekt der kantonalen Innovationspolitik. Man löste denn auch speziell für dieses Projekt das kantonale Innovationsförderungsgesetz (IFG) aus und hatte damals seitens dieses Parlaments die Vermutung, die sitem-insel könnte ein Glücksfall sein für den Kanton. Bereits damals, im Vortrag zum neuen IFG sowie im Vortrag zum erwähnten Kreditgeschäft für die Anschubfinanzierung 2017–2020, hatte man die standortpolitischen Voraussetzungen, das Potenzial und somit auch die innovationspolitische Bedeutung dieses Projekts ausgeführt.

Heute, nach zweieinhalb Jahren, darf ich feststellen, dass die damalige Beurteilung heute nach wie vor gilt und die Erwartungen deutlich übertroffen worden sind. Die sitem-insel hat heute eine grosse öffentliche Anerkennung. Was in den letzten zwei Jahren geschaffen, geleistet und erreicht worden ist, ist eindrucklich. Das Tempo, welches der Kanton Bern angeschlagen hat, auch wenn er in der Aussenwahrnehmung manchmal völlig zu Unrecht als träge wahrgenommen wird, ist sensationell. Ab dem Zeitpunkt, als das Parlament damals die Anschubfinanzierung von 25 Mio. Franken als Signal in Richtung Bund gesprochen hatte, bis zum Baubeginn verstrich genau ein halbes Jahr. Das Baubewilligungsverfahren wurde im Jahr 2016 eingeleitet, ohne dass man wusste, ob die Bundesfinanzierung zustande kommt oder nicht. Zu dieser kam es im November, bevor man im Januar 2017 mit den Baggern auffuhr und die Baugrube aushob. Dies war das Jahr 2016. Es sind Entschlossenheit, die Bereitschaft zum Risiko und der Mut dieses Parlaments, welche mit dieser

Jahreszahl verbunden sind. Heute stellen Sie zu Recht die Frage, ob sich dieses Risiko, dieser Mut für den Kanton Bern gelohnt hat.

Wenn ich vorhin gesagt habe, die Beurteilung von damals treffe auch noch heute zu und das Risiko habe sich gelohnt, dann bringe ich das eine oder andere Beispiel und gebe damit die eine oder andere Antwort auf gestellte Fragen. Ich erinnere beispielsweise an den auch wiederum im Jahr 2016 getroffenen Entscheid der Ypsomed beziehungsweise von deren Verwaltungsratspräsident, 15 Mio. Franken in ein Diabetesforschungszentrum im Gebäude der Sitem-insel zu investieren. Ich erinnere an den Entscheid der CSL Behring, immerhin der grösste Industriebetrieb im Grossraum Bern, ein Forschungs- und Entwicklungszentrum für innovative therapeutische Biologika im neuen Gebäude einzurichten. Dies sind rund fünfzig höchst qualifizierte Arbeitsplätze. Das letzte Beispiel ist der Verweis auf das Translational Imaging Center. Es handelt sich, um es mit bernischer Bescheidenheit auszudrücken, um eine weltweit einzigartige Zusammenarbeitsplattform, welche als Forschungskonsortium von rund zwanzig Kliniken mit Siemens Healthcare zusammenarbeiten, das Imaging Center betreiben und ein Herzstück, mindestens in technologischer Hinsicht, bilden mit sieben Tesla-MRI-Geräten. In Europa gibt es nur ganz wenige Standorte, welche technisch gleich gut eingerichtet sind. Es ist, auch angesichts dessen, worüber wir heute im Zusammenhang mit dem Mietgeschäft sprechen, ein einzigartiges Geschäft, welches nicht dem herkömmlichen Rahmen von sonst hier im Parlament besprochenen Kreditgeschäften entspricht. Deshalb tauchen Fragen auf. Dies ist mir sowie dem Regierungsrat völlig klar. Deshalb wird auch die Forderung nach Transparenz gestellt sowie beispielsweise die Forderung oder die Frage, weshalb dieses Geschäft zum heutigen Zeitpunkt in der Novembersession beraten wird – dies hat die Regierung der BaK auch offengelegt –, im Wissen darum, dass das Parlament bereits im März wieder mit einem nächsten Sitem-Geschäft befasst werden wird. Dies sind Fragen, welche nach Antworten verlangen.

Ich bringe als Teil einer Antwort – damit knüpfe ich an die drei Beispiele, welche ich gebracht habe, an – die Erfolgsgeschichte der letzten zwei Jahre und gebe meine Einschätzung ab, welche sich mit derjenigen all derer deckt, welche in irgendeiner Form mit diesem Projekt zu tun haben. Es ist nicht nur in finanztechnischer Hinsicht ein einzigartiges Geschäft, sondern auch in Bezug auf die fachliche Beurteilung. Heute haben wir – dies dürfen wir festhalten – einen zeitlichen Vorsprung. Natürlich ist Bern nicht der einzige Standort, welcher sich mit translationaler Forschung auseinandergesetzt hat oder auseinandersetzt. Aber wir sind der Standort, von welchem man sagen kann, man sei europaweit am weitesten. Wir haben einen Vorsprung, auch gegenüber Zürich, wo man auch laut darüber nachdenkt, wie man das Thema besetzen kann. Diesen zeitlichen Vorsprung, liebe Grossrätinnen und Grossräte, will die Regierung in Wert setzen. Deshalb kommt sie mit diesem Mietgeschäft mit genau denjenigen drei Einheiten der Universität Bern, welche hervorragend mit den privaten Partnern zusammenpassen, mit den Partnern aus der Wirtschaft, die ihr Bekenntnis, ihr Commitment und damit auch ihre Investitionen längst offengelegt haben. Mit der Offenlegung hatten sie denn auch gegenüber der Regierung und der Sitem-insel AG klar gemacht, dass Erwartungen damit verbunden sind. Translationales Forschen oder das Translationszentrum heisst, dass man die Forschung mit den Unternehmungen zusammenbringt und mit der Klinik, dem Inselspital, sodass man innerhalb dieses Dreiecks Forschungserkenntnisse in Produkte umsetzen kann und die Produkte schlussendlich in die klinische Anwendung. Ich habe nur die grössten privaten Partner genannt, aber wir haben eine ganze Liste von Unternehmungen, auch international aufgestellte wie Ypsomed und CSL Behring, welche die Erwartung haben, dass genau die besagten drei Einheiten auf die Plattform und das Sitem-insel-Gebäude kommen. Dies, weil sich der Mehrwert genau daraus ergibt, dass diese drei Einheiten mit entsprechenden Partnern aus der Wirtschaft zusammenarbeiten können.

Wenn die Frage gestellt und damit auch der Erwartung nach Transparenz Ausdruck verliehen worden ist, dann gebe ich gerne folgende Informationen zum Thema Mietflächen und Vermietungen bekannt. Per Stand heute haben wir 85–90 Prozent der zur Verfügung stehenden Fläche vermietet. Deshalb habe ich von übertroffenen Erwartungen und einer Erfolgsgeschichte gesprochen. Wir sind dort, wo man im Jahr 2016 die Hoffnung hatte, einmal hinzukommen. 85–90 Prozent der Flächen sind vermietet. Die Verhandlungen laufen, es ist ein stetiger Prozess.

Den zweiten Punkt unter dem Stichwort Transparenz habe ich bereits angekündigt. Es wird ein zweites Kreditgeschäft geben, nämlich dann, wenn es um die zweite Phase der Anschubfinanzierung gehen wird. Dies wurde im Vortrag zum Kreditgeschäft aus dem Jahr 2016 bereits angekündigt. Auch der Zahlenrahmen wurde definiert. Zudem wurde im Vortrag klar ausgewiesen, dass das IFG eine Bremse beinhaltet, indem es eine Anschubfinanzierung für vier

Jahre vorsieht und unter bestimmten Voraussetzungen eine Verlängerung von maximal weiteren vier Jahren. Danach ist aber fertig, das heisst nach acht Jahren besteht keine gesetzliche Grundlage mehr, damit sich der Kanton Bern an einer weiteren Anschubfinanzierung beteiligen könnte. Im März wird es zur zweiten Beitragsperiode dieses Kreditgeschäfts für die Jahre 2021–2024 kommen. Ich kann hier festhalten, dass die Regierung diese Zahlen im Finanzplan eingestellt hat. Wenn wir die Gesamtrechnung machen, wobei zweimal 25 Mio. Franken für die erste Phase vorgesehen waren und 4,9 Mio. Franken für die zweite Phase, kann man festhalten, dass wir in der ersten Beitragsphase weniger Geld gebraucht haben, nämlich rund 1,5 Mio. Franken weniger. In der zweiten Phase brauchen wir rund 1 Mio. Franken mehr, das heisst statt 4,9 Mio. Franken, wie es im Vortrag aus dem Jahr 2016 stand, sind jetzt 5,6 Mio. Franken eingestellt. Insgesamt, über die ganze Periode von acht Jahren gesehen, brauchen wir rund 0,5 Mio. Franken weniger. Dies ist doch eindrücklich, wenn man sieht, von welchen Voraussetzungen und Planungsunsicherheiten man im Jahr 2016 ausgegangen ist. So kann nun vier Jahre später gesagt werden, dass die Zahlen aufgehen, auch mit Blick auf die nächsten vier Jahre.

Ist dies eine Salamtaktik? – Nein. Jedenfalls ist es eine Taktik, welche das Parlament zusammen mit der Regierung im Jahr 2016 so festgelegt hat. Ich habe von Mut, von unternehmerischem Risiko gesprochen. Es ist ein Projekt, welches als Public-private Partnership (PPP) angelegt ist. Es ist ein Projekt, für welches man keinen Mehrjahresplan hat machen und klar hat ausweisen können, dass diese Einheit zu diesem Preis für diese Zeitdauer zu haben ist. Dies, weil es, wie ich gesagt habe, eine Plattform ist, über welche drei Parteien zusammenarbeiten: die Forschung – die Universität; die Privaten – die Wirtschaft und die Klinik. Dies auch, weil es eine Plattform ist, die an Projekten, an aktuellen Fragestellungen und somit auch befristet arbeitet. Es kann durchaus sein, dass ein Thema, an welchem heute gearbeitet wird, in acht Jahren nicht mehr aktuell sein wird, oder in neun oder in zehn Jahren, wobei es weitere aktuelle Themen geben wird, sodass neue Projekte aufgestellt werden und im Translationszentrum an diesen gearbeitet wird. Dies ist die sitem-insel, dies ist das Translationszentrum. Es gibt keine Planbarkeit über zehn bis zwanzig Jahre, sondern es ist eine Plattform, über welche man an aktuellen Fragestellungen arbeitet, Produkte entwickelt zum Nutzen des kranken Menschen. Es dürfte uns hier allen bekannt sein, dass die Fragestellungen für die Menschheit zum Themenbereich Medizin in den nächsten Jahren noch nicht ausgehen werden. Nun zur Frage des Zeitplans, immer noch mit dem Stichwort Salamtaktik: Weshalb dieses Geschäft in der Novembersession und das nächste Geschäft in der Märzsession? In beiden Fällen hat dies mit Zeitplänen zu tun. Wenn ich vom schnellen Tempo gesprochen haben, bedeutet das unter anderem auch, dass die Eröffnung des Translationszentrums für das nächste Frühjahr vorgesehen ist. Nun können Sie zurückrechnen: Baubeginn Januar 2017, Eröffnung im Frühjahr 2019. Diejenigen Unternehmungen, welche ihr Bekenntnis, ihr Commitment abgegeben haben, erwarten – ich habe es bereits erwähnt –, dass die Partner seitens der Universität bei Inbetriebnahme des Zentrums bereit sind. Wenn man zurückrechnet, bedeutet das, dass diese jetzt noch legitimiert werden müssen, um ihre Ansprüche für den Endnutzerausbau anzumelden. Man muss jetzt wissen, wie sich die drei Einheiten einrichten können, damit die Einrichtung im Frühjahr des nächsten Jahres steht. Dies ist der Zeitplan für dieses Mietflächengeschäft. Der Zeitplan für das zweite Kreditgeschäft, welches in der Märzsession vorliegen wird, ist abhängig von dem auf Bundesebene vorgegebenen Zeitplan. Mit anderen Worten: Der Bund braucht einen Entscheid seitens des Kantons, dahingehend, dass der Kanton bei einer zweiten Periode mit einer Anschubfinanzierung dabei ist. Dies, um vom Bund das Gegenrecht einzufordern, nämlich die gleiche Beteiligung in gleicher Höhe. Mit anderen Worten: Wenn sich der Kanton nicht an einer zweiten Phase beteiligt, wird es auch der Bund nicht tun. Also, die Zeitpläne sind in beiden Fällen die Erklärung für den Zeitplan bezüglich der Traktandenliste des Grossen Rates.

Gerne bin ich bereit, zusammen mit dem Regierungspräsidenten und Baudirektor weitere Fragen aufzunehmen. Ich bitte Sie im Namen der Regierung um eine deutliche Unterstützung dieses Kreditgeschäfts. Dies wäre ein klares Zeichen eines Parlaments dafür, dass es die Regierung in ihren Bestrebungen stützt, den Medizinalstandort Bern weiterzuentwickeln. Die sitem-insel respektive das Translationszentrum ist anders als die Befürchtung einer Vorrednerin. Es ist nicht einfach eine Wundertüte, in welche man unter diesem Titel das eine oder andere noch zusätzlich einpackt, das zusätzlich kostet. Ich hoffe, dies habe ich mit meinen Ausführungen aufzeigen können. Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme sowie die gute Diskussion und bitte Sie, dieses Geschäft so zu unterstützen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Kredit zustimmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 127

Nein 0

Enthalten 13

Präsident. Sie haben diesem Kredit zugestimmt mit 127 Ja- bei 0 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Hier werden die Beratungen unterbrochen.

Schluss der Sitzung um 16.30 Uhr.

Die Redaktorin:

Eva Schmid (d/f)